



135/2009

Kiel, 7. Oktober 2009

Koalitionsgespräche: Landesbeauftragter fordert Aktionsplan für Menschen mit Behinderung

Kiel (SHL) - *„Eine Gesamtplanung zur Situation von Menschen mit Behinderung ist dringend geboten“, betont der Landesbeauftragte Ulrich Hase in einem heute veröffentlichten Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von CDU, Christian von Boetticher, und FDP, Wolfgang Kubicki, im Landtag.*

Damit erneuert der Beauftragte für Menschen mit Behinderung angesichts der morgen beginnenden Koalitionsverhandlungen für eine schwarz-gelbe Regierungsbildung seine Forderung nach einem Aktionsplan für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein. Grundlage dafür ist die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit März 2009 auch in Deutschland gilt. Vor diesem Hintergrund fordert Ulrich Hase: „Die Belange von Menschen mit Behinderung sollen als Querschnittsaufgabe bei allen Gesetzen und Verordnungen berücksichtigt werden.“ Auch das Kriterium der barrierefreien Gestaltung aller Dienste und Maßnahmen sei zu erfüllen. Für Neu- und Umbauten will der Landesbeauftragte eindeutige und verpflichtende Mindestanforderungen der Barrierefreiheit erreichen. Mit finanziellen Anreizen solle darüber hinaus dafür gesorgt werden, dass auch der ältere Gebäudebestand barrierefrei nachgebessert wird.

Weitere Forderungen an die Koalitionäre von CDU und FDP sind eine aktive Arbeitsmarktförderung für behinderte Menschen und die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems. „Gemeinsames Lernen aller Kinder und individuelle Förderung von Schülern mit Behinderung zu ermöglichen, das ist das vorrangige Ziel einer inklusiven Schulpolitik“, sagte der Landesbeauftragte heute in Kiel. Eine zentrale Voraussetzung sei dabei die barrierefreie Gestaltung der Schulgebäude. Im Lehramtsstudium und bei Fortbildungen müsse außerdem die Vermittlung einer inklusiven Pädagogik verankert werden.